



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit,  
Integration, Kinder und Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 25.01.2017

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie  
am Mittwoch, 1. Februar 2017, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 30.11.2016

2. 16-V-51-0044

DL 56/16-14, 50/16-6

Jahresbericht der Kinder-, Jugend- und Stadtteilzentren 2015

- *Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2016 (BP 0509)* -

### 3. 16-F-02-0037

Ärztlicher Bereitschaftsdienst  
- Antrag der CDU-Rathausfraktion vom 25.01.2017 -

Die Notaufnahmen der Wiesbadener Kliniken klagen alle darüber, dass vielfach Patienten, als sog. Selbsteinweiser zu ihnen kommen, die nur eine leichte Erkrankung aufweisen, wie z.B. eine Erkältung oder eine Magenverstimmung. Da die Notaufnahmen nach Dringlichkeit die Patienten behandeln, führt dies dazu, dass diese leichten Fälle lange in den Notaufnahmen warten müssen, was dann wieder zu Beschwerden führt.

Speziell für diese leichten Fälle gibt es den ärztlichen Bereitschaftsdienst (ÄBD), der in Wiesbaden eine Notfallpraxis in der Asklepios Paulinenklinik betreibt und auch Hausbesuche durchführt. Dieser ÄBD kann über die Telefonnummer 116117 erreicht werden. Diese Telefonnummer scheint aber bei der Wiesbadener Bevölkerung nicht sehr bekannt zu sein.

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird um Bericht gebeten,

1. welche Vorhaben bisher für die Verbreitung der Telefonnummer 116117 unternommen wurden?
2. Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept vorzulegen, wie die Telefonnummer 116117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Wiesbaden bekannter gemacht werden kann.

### 4. 17-F-08-0003

Kostenlose Toilettennutzung ist ein soziales Menschenrecht  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.01.2017 -

Die WC-Benutzung ist ein soziales Menschenrecht. Sie darf nicht am Geldbeutel oder fehlendem Kleingeld scheitern. Besonders an Verkehrsknotenpunkten, Plätzen mit großer Fluktuation an Fußgängern, sowie in Parks und auf Spielplätzen sollte es kostenlose Toilettenhäuschen geben. Sie ermöglichen allen Menschen den längeren Aufenthalt im Freien und fördern somit das soziale Miteinander der Menschen.

Gerade für Wohnungslose und Bezieher\*innen von Sozialleistungen ist der Preis von 50 Cent pro Toilettensbesuch nicht zumutbar. Es sind aber eben diese Bevölkerungsgruppen, die auch nicht die Möglichkeit haben, in Gaststätten auszuweichen oder in Kaufhaustoiletten, die längst ebenso hohe Gebühren verlangen. Zudem sind Frauen von Toilettennutzungsgebühren besonders betroffen. Eine geschlechtsspezifische Diskriminierung sollte aber auch im Bereich der Bedürfnisanstalten vermieden werden. Besonders schwangere Frauen haben einen höheren Bedarf an öffentlich zugänglichen Toiletten. Menschen mit einer Blasenschwäche oder mit Inkontinenz werden im alltäglichen Leben eingeschränkt, da für sie das Vorhandensein von Toiletten essenziell für ihre Lebensqualität ist. Sie planen ihre Wege oft so, dass sie Toiletten erreichen können. Hier würde eine vermehrte Aufstellung zu einer Steigerung der Lebensqualität der Menschen führen. Auch ältere Menschen und kleine Kinder würden hiervon enorm profitieren.

Durch eine verbesserte Erreichbarkeit von kostenlosen Toiletten wird auch „Wildpinkeln“ stark reduziert, was Reinigungsarbeiten verringert, das Ordnungsamt entlastet und die olfaktorische Belastung an Bahnhöfen und anderen betroffenen Orten deutlich verringert. Es gehört zur staatlichen Daseinsfürsorge aller Menschen, egal welcher Nationalität, welchen Geschlechts oder welcher Klasse sie angehören, den kostenfreien Toilettenbesuch zu ermöglichen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in Verhandlungen mit den Betreibern (Wall AG und Hering Unternehmensgruppe) der öffentlichen Toiletten in Wiesbaden die Frage der Zugänglichkeit für wirtschaftlich Benachteiligte oder wohnungslose Bürger\*innen mit aufzunehmen und ein Verfahren zu entwickeln, das ihnen eine kostenfreie Nutzung der Toiletten ermöglicht.
2. Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Seniorenbeirat und dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessensgemeinschaft Behinderter (AK) zu prüfen, wo in Wiesbaden kostenlose Toiletten eingerichtet werden können. Dabei sollten die Orte im Vordergrund stehen, die durch „wildes Urinieren“ im Verruf sind und wo es somit einen unmittelbaren Bedarf gibt. Möglicherweise kann dies auch über eine Bürgerbefragung eruiert werden.
3. Der Magistrat wird beauftragt, keine neuen Verträge mit privatwirtschaftlichen Toilettenbetreibern abzuschließen. Stattdessen soll die Stadt Wiesbaden selbst für die Aufstellung und Wartung der Toiletten sorgen. Ziel soll eine bedarfsgerechte Aufstellung von kostenfreien, behindertengerechten Toiletten im ganzen Stadtgebiet sein.

## 5. 17-F-08-0004

Wiesbadener Sozialkarte

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.01.2017 -

In der Sitzung am 29. Juni 2016 hatte der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie beschlossen (Beschluss Nr. 0038):

1. Die „Wiesbadener Familienkarte“ wird weiterentwickelt zu einer „Wiesbadener Sozialkarte“, die alle in Wiesbaden wohnenden Leistungsberechtigten nach SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie alle Haushalte, deren Haushaltseinkommen die jeweiligen Regelleistungen der Grundsicherung nicht überschreiten, unentgeltlich erhalten. Für erwachsene Inhaber\*innen dieser Karte gelten die jeweiligen Normaltarife für Kinder bzw. der jeweils gültige ermäßigte Eintrittspreis; Kinder und Jugendliche können die Leistungen unentgeltlich nutzen:
  - o im Streckennetz von ESWE-Verkehr
  - o in allen Frei- und Hallenbädern
  - o im Hessischen Staatstheater Wiesbaden
  - o in den Kammerspielen Wiesbaden
  - o in allen Kleinen Bühnen Wiesbadens
  - o in allen Museen
  - o und allen Sport-, Musik- und Kulturvereinen
2. Der Magistrat wird gebeten auf dieser Basis zu berichten, welche Kosten im Fall einer konkreten Umsetzung damit verbunden wären.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Welche Maßnahmen sind bislang ergriffen worden, um den Beschluss Nr. 38 vom 29. Juni 2016 umzusetzen?
2. Wann wird der Bericht zu Punkt 2 des Beschlusses Nr. 38 gegeben?

6. **17-A-58-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Gesundheits- und Integrationsbereich

7. **Verschiedenes**

## Tagesordnung II

1. **10-A-16-0014**

**ANLAGE**

Neu geplante öffentliche Toiletten für Alle  
*- Bericht des Dezernates IV vom 18.01.2017 -*

2. **16-F-01-0015**

**ANLAGE**

Aktuelle Zahlen Unbegleitete minderjährige Ausländerinnen und Ausländer (umA)  
*- Bericht des Dezernates II vom 30.11.2016 -*

3. **16-F-02-0022**

**ANLAGE**

Einzelfallbetreuung  
*- Bericht des Dezernates II vom 30.11.2016 -*

4. **16-F-03-0108**

**ANLAGE**

Sozialbudget in Wiesbaden  
*- Bericht des Dezernates II vom 08.12.2016 -*

5. **16-F-05-0013**

**ANLAGE**

In Würde sterben - palliative Versorgung in Wiesbaden

- Bericht des Dezernates II vom 30.11.2016 -*
6. **16-F-20-0007** **ANLAGE**
- Förderung Mitinitiative  
*- Bericht des Dezernates II vom 30.11.2016 -*
7. **16-V-40-0026** **DL 03/17-1 NÖ**
- Stellenneuschaffungen Sozialpädagogen/Sozialarbeiter "Modellregion inklusive Bildung in Wiesbaden"
8. **16-V-40-0028** **DL 04/17-1**
- Grundschulkinderbetreuung; Standards und Modifiziertes Zuschussmodell
9. **16-V-40-0038** **DL 04/17-3**
- Ganztägig arbeitende Schulen nach § 15 Hess. Schulgesetz
10. **16-V-51-0047** **DL 03/17-1**
- Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wiesbadener Kindertagesstätten. ESF-Projekt „Quereinsteig für Männer und Frauen in Kindertagesstätten“ - Start 3. Jahrgang
11. **16-V-51-0048** **DL 03/17-2**
- Sozialpädagogische Begleitung der Deutsch-Intensiv-Klassen an Schulen mit Schulsozialarbeit
12. **16-V-51-0050** **DL 03/17-3**
- Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogrammes "Kinderbetreuungsfinanzierung" 2015-2018 für die Kindertagesstätten Sauerland und Kellerstraße
13. **16-V-51-0051** **DL 03/17-4**
- Bundesprogramm Sprach-Kitas; zweite Förderwelle 2017 - 2020
14. **16-V-80-8006** **DL 01/17-14**
- Arbeitsmarktprojekt 'Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen - Greenteam' - Verlängerung 2017 bis 2019

15. **17-V-20-0001** **DL 04/17-5**

Investitionscontrolling 4. Quartal 2016

16. **17-V-20-0002** **DL 04/17-6**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

17. **17-V-20-0003** **DL 01/17-15**

Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

18. **17-V-39-0001** **DL 03/17-11**

Personalsituation im Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Bereich Tierschutz/Tierseuchen

19. **17-V-51-0001** **DL 03/17-12**

Geschäftsbericht BSA Wiesbaden für das Jahr 2015

20. **17-V-80-8002** **DL 01/17-17**

Arbeitsmarktprojekt 'Neue Wege in den Beruf' - Projektverlängerung 2017 bis 2020

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten  
Vorsitzender